



GASTBEITRAG

Die Streitpunkte der Koalition sind vorgezeichnet

Die künftige polnische Regierung steht vor erheblichen Herausforderungen: Sie muss nach vier Jahren postkommunistischer Affären vor allem wieder mehr Vertrauen in Staat und Politik schaffen.

VON STEPHAN RAABE

Die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), der Wahlsieger, hat ein konservativ-soziales Profil mit manchmal rechtspopulistischen Zügen (Forderung nach Todesstrafe) und beruft sich auf nationale und christliche Traditionen. In ihren christdemokratisch-sozialen Programmteilen gibt es Ähnlichkeiten mit der deutschen CDU. Im Europaparlament gehören die Abgeordneten der PiS jedoch der Fraktion „Union für das Europa der Nationen“ (Zusammenschluss nationalistischer, euroskeptischer Parteien, d.Red.) an. Angesichts der Diskussionen um ein Zentrum gegen Vertreibungen und von Entschädigungsforderungen seitens deutscher Vertriebener wollte man nicht mit deutschen Christdemokraten in einer Fraktion zusammenarbeiten, heißt es.

Gegenüber Deutschland schlägt die PiS deutlich kritische Töne an. Die EU-Mitgliedschaft sieht sie zwar durchaus als Vorteil an; eine weitere politische Vertiefung befürwortet sie jedoch nicht und den Euro möchte sie auch so spät wie möglich einführen.

Die zweitplatzierte Bürgerplattform (PO) profilierte sich als wertkonservative, aber wirtschaftsliberale Reformpartei. Sie lehnt staatliche Parteienfinanzierung ab, tritt für ein Mehrheitswahlrecht ein, möchte die Anzahl der Sejm-Abgeordneten halbieren und den Senat auflösen; sie strebt die Sanierung der öffentlichen Finanzen, die Einführung eines linearen Steuersatzes von ganzen 15 Prozent für Einkommen-, Verbrauchs- und Unternehmenssteuern an; sie setzt auf eine liberale Marktwirtschaft und die Förderung

des Mittelstandes, die Zurückführung des Staates und gewerkschaftlicher Einflüsse und möchte die Integration in der EU vertiefen. In Europa ist sie innerhalb der Europäischen Volkspartei partnerschaftlich mit den deutschen Christdemokraten verbunden.

Die Koalitionsbildung von PiS und PO wird in etlichen wichtigen Politikfeldern nicht leicht: Beide verbindet die Kritik an der III. Republik seit 1989, die mit der kommunistischen Vergangenheit nicht genügend aufgeräumt habe und einer grundlegenden Reform bedürfe. So streben beide Parteien eine IV. Republik an: eine Entkommunisierung der Gesellschaft, die Öffnung der Akten des Staatssicherheitsdienstes, die Aufarbeitung der Vergangenheit und eine konsequente Bekämpfung der alten linken Seilschaften sowie der Korruption und Kriminalität überhaupt.

Auch sind sie sich in vielen grundwertbezogenen Fragen wie dem Verbot der Abtreibung, der Nichtzulassung der Homo-Ehe oder auch der Weiterführung des Religionsunterrichtes in den Schulen sowie in wichtigen außenpolitischen Grundorientierungen einig: bei der engen Partnerschaft mit den USA, bei der Befürwortung des Irak-Einsatzes und bei der Stärkung der Demokratie in Osteuropa. Bereits bei der Frage der Europäischen Integration, der Einführung des Euro oder der Beziehungen zum Nachbarn Deutschland tun sich allerdings stärkere Unterschiede auf. Auch die Pläne zur Staatsreform sind verschieden: Die PiS will die Rolle des Präsidenten stärken und am Verhältniswahlrecht festhalten. Die PO möchte ein

Mehrheitswahlrecht einführen und den Senat als zweite Kammer abschaffen.

Die meisten Schwierigkeiten werden sich aber wohl in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ergeben. Dort verfolgt die PO ein konsequent marktliberales Konzept, das auf mehr Eigenverantwortung und die Reduzierung der Staatsanteils zielt, während PiS mehr die soziale Verantwortung des Staates betont. Also gibt es unterschiedliche Ansätze zur Reform der Steuer, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bei der Justierung der Sozialhilfeausgaben, bei der Gesundheitsreform, einem vordringlichen Reformbereich, oder in der Bildungspolitik sowie bei Fragen der Privatisierung von Staatsbetrieben. Wichtigstes Problem bleibt die Arbeitslosigkeit von annähernd 20 Prozent.

Außenpolitisch geht es um die Definition der Rolle Polens in der EU, die Konzeption einer europäischen Ostpolitik, die transatlantische Sicherheitspartnerschaft und das nicht unbelastete Verhältnis zum Deutschen Nachbarn. Es ist damit zu rechnen, dass die neue Regierung unter Führung der PiS, in der es wenig erfahrene Außenpolitiker gibt, möglichst rasch internationale Kontakte anknüpfen und verstärken wird, um auch außenpolitisch ein Profil zu gewinnen.

Stephan Raabe
leitet das
Warschauer Büro
der Konrad-
Adenauer-
Stiftung.